

Baumaßnahme

Hofburgschule Alten-Buseck

Zweigeschossiger Erweiterungsanbau und WC-Sanierung in der Bestandsschule

Leistung

Metallbauarbeiten

## Besondere Vertragsbedingungen des Landkreises Gießen für Bauleistungen (Stand Juni 2024)

### 1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B) und Terminplanung

#### 1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☐ am \_\_\_\_\_.
- ☐ spätestens \_\_\_\_\_ Werktagen nach Zugang des Auftragschreibens.
- ☒ in der **30. KW 2026**, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum \_\_\_\_\_ zugehen.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☐ am \_\_\_\_\_.
- ☐ innerhalb von \_\_\_\_\_ Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☒ in der **06. KW 2027**, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

#### 1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende Einzelfristen
  - ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart (§5 Abs. 1 Satz 2 VOB/B):
  - ☒ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:
    - 30. KW 2026 Start W & M Planung
    - 36. KW 2026 Start Produktion
    - 43. KW bis 44. KW 2026 Außenbereich Fassade
    - Ab 43. KW 2026 Innen Geländer

#### 1.3 Terminplanung

Die Terminplanung wird durch Detailterminpläne zur Steuerung und Koordinierung aller Beteiligten ergänzt und fortgeschrieben. Die darin enthaltenen Anfangs-, Zwischen- und Endtermine werden einvernehmlich zwischen dem Auftraggeber, dem Auftragnehmer und den sonst fachlich Beteiligten oder Betroffenen festgelegt und sind dann für den Auftragnehmer verbindlich. Scheitert eine einvernehmliche Terminfestlegung, kann der Auftraggeber nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung einerseits der Projekterfordernisse und andererseits der Interessen der Betroffenen einseitig die Termine festlegen.

## **2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)**

- 2.1 Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:  
bei Überschreitung der Ausführungsfrist

- ☐ \_\_\_\_\_ €  
☐ \_\_\_\_\_ v.H. der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme

- 2.2 bei Überschreitung von Einzelfristen:

\_\_\_\_\_

- 2.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt \_\_\_\_\_ der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme begrenzt. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass die Abrechnungssumme die im Auftragsschreiben genannte Auftragssumme mindestens erreicht. Liegt die Abrechnungssumme unter der im Auftragschreiben genannten Auftragssumme, tritt die Abrechnungssumme an deren Stelle.
- 2.4 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für den Ausführungsbeginn oder wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

## **3 Geänderte/Zusätzliche Leistungen (§ 2 VOB/B)**

- 3.1 Ordnet der Auftraggeber Änderungen von Leistungen oder im Vertrag nicht vorgesehene Leistungen an, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, schriftlich die daraus resultierenden Mehrkosten rechtzeitig vor Ausführung in Fortschreibung der Vertragskalkulation mitzuteilen. Die Anzeige muss im Regelfall mindestens 10 Tage vor dem geplanten Ausführungsbeginn erfolgen.
- 3.2 Der Auftragnehmer darf die Arbeiten nicht ausführen, solange der Auftraggeber mit dem Auftragnehmer keine schriftliche Vereinbarung über die kosten- und terminbedingte Preisänderung getroffen hat. Im Interesse einer störungsfreien Abwicklung der Baustelle kann der Auftraggeber im Einzelfall jedoch anordnen, dass der Auftragnehmer die geänderte oder zusätzliche Leistung zunächst ausführt, auch wenn noch keine schriftliche Vereinbarung über die Kosten und Terminauswirkung der Anordnung getroffen worden ist, insbesondere sofern der Auftraggeber dem Grunde nach – allerdings unter dem Vorbehalt der Nachprüfung zur Höhe – Mehrvergütungs- und Terminverlängerungsansprüche anerkennt und/oder die Ausführung der Leistung auf Grund des Fortgangs der Bauarbeiten zeitlich nicht aufgeschoben werden soll.
- 3.3 Ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer streitig, ob eine Leistung zu den vertraglich geschuldeten Leistungen gehört und dementsprechend der Auftraggeber eine Änderungsanordnung treffen muss, gelten die vorstehenden Ausführungen entsprechend. Der Auftragnehmer hat auch in diesem Fall änderungsbedingte Mehrkosten und Terminverschiebungen fristgerecht mitzuteilen. Der Auftraggeber kann die Ausführung der Leistung unter Hinweis auf seine Rechtsauffassung jederzeit anordnen. Sofern der Auftragnehmer die Mehrkosten und Terminverschiebungen ordnungsgemäß angekündigt hat, ist eine vorherige Preisvereinbarung für den Erhalt seiner Ansprüche nicht erforderlich.

## **4 Rechnungen (§ 14 VOB/B)**

- 4.1 Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

- 1 -fach und zugleich  
bei beauftragtem Planungsbüro  
2 -fach einzureichen.

- 4.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind

2 -fach einzureichen.

## **5 Zahlungen (§ 16 VOB/B)**

5.1 Die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B wird verlängert auf \_\_\_\_\_ .

5.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, gegenüber seinen Nachunternehmern/anderen Unternehmen keine längeren Fälligkeitsfristen als die mit dem Auftraggeber festgelegten Fälligkeitsfristen für Abschlags- und Schlussrechnungen zu vereinbaren.

5.4 Zahlung an Dritte

Der Auftraggeber ist berechtigt, zur Erfüllung sich aus dem Vertrag ergebender Verpflichtungen Zahlungen unmittelbar an Gläubiger des Auftragnehmers (Lieferant, Nachunternehmen) zu leisten, soweit

1. diese an der Ausführung der vertraglichen Leistung des Auftragnehmers aufgrund eines mit diesem abgeschlossenen Vertrags beteiligt sind,
2. diese wegen Zahlungsverzugs des Auftragnehmers die Fortsetzung ihrer Leistung zu Recht verweigern und
3. die Direktzahlung die Fortsetzung der Leistungen sicherstellen soll.

Erklärt sich der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers innerhalb einer von diesem gesetzten Frist nicht darüber, ob und inwieweit er die Forderung seines Gläubigers anerkennt, und legt er bei Nichtanerkennung keinen Nachweis der Berechtigung dazu vor, so gelten die Voraussetzungen für die Direktzahlung als anerkannt. Entsprechendes gilt bei Teilleistungen.

## **6 Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)**

6.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von

\_\_\_\_\_ v.H. der Auftragssumme zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt.

Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt

\_\_\_\_\_ v.H. der Auftragssumme einschließlich erteilter Nachträge.

Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B):

Der Rückgabezeitpunkt der Sicherheit für Mängelansprüche ist an die Gewährleistungszeit gekoppelt. Demnach wird, sofern zu diesem Zeitpunkt vom Auftraggeber keine Ansprüche geltend gemacht werden, die nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche erst nach Ablauf der vereinbarten Gewährleistungszeit zurückgegeben. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt seine geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der Auftraggeber gemäß § 17 Abs. 8 Nr. 2 den entsprechenden Teil der Sicherheit zurückbehalten.

Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens) weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Nach Abnahme und Erfüllung aller bis dahin erhobenen Ansprüche einschließlich Schadenersatz kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Sicherheit für die Vertragserfüllung in eine Mängelansprachesicherheit umgewandelt wird.

6.2 Art der Sicherheit

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

Der Auftragnehmer kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten ersetzen.

Für vereinbarte Abschlagszahlungen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B) und für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten.

### 6.3 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweilige Formblatt des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt 421,
- die Mängelansprüche das Formblatt 422,
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt 423

Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer zu stellen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
  - Auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.
  - Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
  - Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
  - Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."
- Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur e i n e r Urkunde zu stellen.

Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

## 7 Freistellungsbescheinigung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## 8 Ordnung auf der Baustelle

Der Auftragnehmer hat durch seine Leistungen anfallenden Müll, Bauschutt sowie Verunreinigungen unverzüglich fachgerecht zu beseitigen. Er hat darüber hinaus die durch seine Leistungen betroffenen Baustellenbereiche stets aufgeräumt zu halten, soweit dies im Rahmen der Leistungsausführung möglich und zumutbar ist.

## 9 Ende der Besonderen Vertragsbedingungen